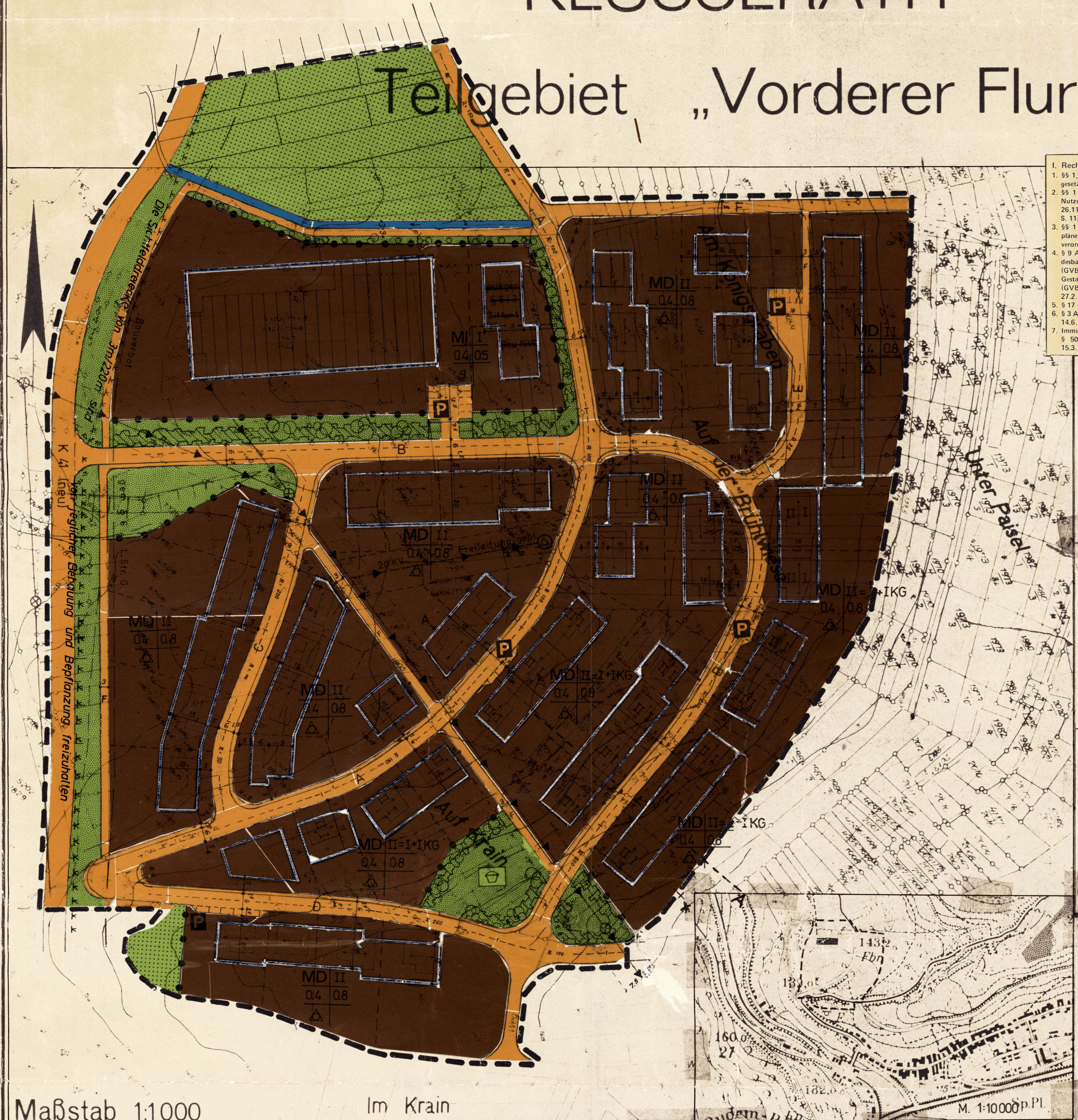


BEBAUUNGSPLAN DER GEMEINDE

KLÜSSERATH

Teilgebiet „Vorderer Flur“



Maßstab 1:1000

Im Krain

Planzeichen

1 Art der baulichen Nutzung

2 Maß der baulichen Nutzung

3 Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

4 Flächen für den überörtlichen Verkehr

5 Flächen für Versorgungsanlagen

6 Kennzeichnungen und nachrichtliche Übernahmen

7 Flächen für Versorgungsanlagen

8 Flächen für Versorgungsanlagen

9 Grundflächen

10 Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft

11 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder Gewinnung von Bodenschätzen

12 Flächen für Land- und Forstwirtschaft

13 Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

14 Kennzeichnungen und nachrichtliche Übernahmen

15 Bestandsangaben

16 Bepflanzung

1. Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan
1. §§ 1, 2, 2a, 8, 9, 9a, 10, 30, 31, 39a und 125 des Bundesbaugesetzes i. d. F. vom 18. 8. 1976 (BGBl. I. S. 2256).
2. §§ 1 - 23 der Neufassung der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26.11.1986 (BGBl. I. S. 1237) mit Berichtigung 1989 (BGBl. I. S. 11).
3. §§ 1 - 3 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 19.1.1985 (BGBl. I. S. 21).
4. § 9 Abs. 4 Bundesbaugesetz in Verbindung mit § 124 der Landesbauordnung (LBAO) für Rheinland-Pfalz vom 27.2.1974 (GVBl. S. 53) und der Landesverordnung (Verordnung über Gestaltungsvorschriften in Bebauungsplänen) vom 4.2.1969 (GVBl. S. 78) in Verbindung mit § 129 Abs. 4 LBAO vom 27.2.1974.
5. § 17 - 23 der Landesbauordnung (LBAO) v. 27.2.1974.
6. § 3 Abs. 2, 3, 4 und § 11 des Landesflurgesetzes vom 14.6.1973 (GVBl. Nr. 10, S. 147).
7. Immissionsschutzgesetz § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15.3.1974 (BGBl. I. S. 721).

Für die kartographische Darstellung des derzeitigen Liegenschaftskatasters nach dem Katasteramt
16. Aug. 1976
Katasteramt
In Vertretung
Klüsserath
19. 9. 76
Klüsserath
11. 11. 76

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplans vorgesehene Baueinführung, werden keine Ansprüche gegen die Offenlegung der Bauleitpläne erhoben.

Der Stadtrat der Gemeinde hat am 26.11.73 gem. § 2 (1) BBAUG die Aufstellung dieses Bebauungsplans beschlossen.
Am 17. 8. 1974 wurde dieser Bebauungsplanentwurf gebilligt und seine Offenlegung gem. § 2 (2) BBAUG beschlossen, nachdem die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und sachverständigen Stellen bei der Planaufstellung beteiligt worden sind.

Klüsserath, den 15. 10. 1976
Stadtrat
Klüsserath

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzungen hat mit der Begründung gem. § 2 (6) BBAUG auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 15. 9. 1976 bis 15. 10. 1976 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 3. 9. 1976 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Klüsserath, den 15. 10. 1976
Stadtrat
Klüsserath

Der Stadtrat der Gemeinde hat am 30. März 1977 den Bebauungsplan gem. § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz vom 25. 9. 64 und gem. § 10 BBAUG gemäß der bisher eingetragenen Änderungen als Satzung

BESCHLOSSEN
Klüsserath, den 30. März 1977
Stadtrat
Klüsserath

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzungen ist gem. § 11 BBAUG durch Verfügung vom 2. 6. 1977
Bezirksregierung Trier/Landsratamt Trier/Sarburg
Az. 6a-64/670-13

GENEHMIGT
IN VERTRETUNG
Klüsserath
Klüsserath
Regierungsrat

Die Genehmigungsfigur des Bebauungsplans vom 2. 6. 77 ist am 11. 11. 77 gem. § 12 BBAUG ortsüblich bekannt gemacht worden mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans, mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH
Klüsserath, den 11. 11. 77
Stadtrat
Klüsserath

Hinweis: Strahlungen aufgrund Gewässerunterhaltung der Kreisverwaltung Trier-Sarburg vom 02. 08. 77 Az.: 6a-64/66-13

Textfestsetzungen

gem. § 9 BBAUG, BauNVO und LBAO zum Bebauungsplan „Vorderer Flur“ der Gemeinde Klüsserath

1. Art und Maß der baulichen Nutzung
§ 9 Abs. 1 Nr. 1a in Verbindung mit der BauNVO

	Z	GRZ	GFZ
MI	I	0,4	0,5
MD	II	0,4	0,6

Die Geschosszahl wird dort, wo sie im Plan eingetragen ist bergseitig eingeschossig, talseitig zweigeschossig, entsprechend der Querschnittsdarstellung festgesetzt. Das Gelände der talseitig der Anschlußstraßen gelegenen Gebäude ist - wie im Querschnitt dargestellt - vom Straßenraum bis mindestens zur Gebäudevorderfront aufzufüllen.

- 2.) Bauweise**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1b BBAUG
Die Bauweise ist im MD Gebiet offen, im MI Gebiet geschlossen, festgelegt.
- 3.) Stellung der baulichen Anlagen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1b BBAUG
Die im Plan eingetragene Firstrichtung - Richtung der Gebäudeaußenwände - ist einzuhalten. In begründeten Ausnahmefällen ist die Änderung der Firstrichtung gemäß § 31 Abs. 1 BBAUG zugelassen.
- 4.) Stellplätze/Garagen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1c BBAUG
Garagen sind innerhalb der Baugrenzen zu errichten. Der Mindestabstand zwischen Garagenvorderfront und Straßenbegrenzungslinie beträgt 5 m. Kellergaragen sind nur zulässig, wenn die Zufahrt bis 5 m hinter dem Fahrbahnrand horizontal liegt.
- 5.) Dachform**
Als Dachform ist das Satteldach mit einer Neigung von 18° bis 38° zulässig. Ausnahmeweise können Walddächer gemäß § 31 Abs. 1 BBAUG zugelassen werden.
- 6.) Farbgebung**
Das Beschichtungsmaterial ist für alle Gebäude dunkelfarbig vorzusehen.
- 7.) Gebäudehöhe**
Bei ebenen und fallenden Gelände darf OKFG nicht höher als 50 cm über Bordsteinoberkante liegen. Bei steigendem Gelände darf die OKFG des untersten Geschosses nicht höher als 50 cm über Bordsteinoberkante liegen. Drempeausbildungen sind bis zu einer Höhe von 80 cm, gemessen von der Außenkante des aufgehenden Mauerwerks ab Oberkante Decke bis zur Schnittlinie mit der Dachaußenkante, zulässig.
- 8.) Die öffentlichen Grünflächen sind durch Baumgruppen und Strücker im Sinne der Platzeinzeichnung zu gliedern.**
- 9.) Einfriedigungen:**
Straßenseitig ist eine Mauereinfriedigung bis 0,6 m Höhe zusätzlich 0,4 m Geländer oder Laubholzhecken bis zu einer Höhe von 1 m zulässig.
- 10.) Im MD und MI Gebiet sind nur Produktionsbetriebe zulässig, die einen Schallpegel von 60 d B (A) tagsüber und 40 d B (A) nachts nicht überschreiten.**
- 11.) Im gesamten Baugebiet ist die Zulassung landwirtschaftlicher Betriebe mit Intensivviehhaltung - insbesondere Schweinemastbetriebe und Hühnerfarmen - nicht zulässig.**
- 12.) Im MD Gebiet sind Anlagen, die verfahrenstechnisch bedingte Ableitungen von Gasen, Dämpfen, Stäuben, Gerüchen und Aerosolen (ausgenommen Heizanlagen) verursachen, nicht zulässig.**
- 13.) Ausnahmen nach § 6 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung sind nicht zulässig.**
- 14.) Die Benutzung der Kreisstraße als Anschlußstraße ist nach Fertigstellung des im Plan eingetragenen neuen Kreisstraßenabschnitts zulässig. Baugenehmigungen in Planungsbereich dürfen erst nach Verlegung der K 41 im Plan dargestellt und nach Abstufung der künftigen Erschließungsstraße als Gemeindestraße erteilt werden.**
- 15.) Die Errichtung weiterer Zugänge zur K 41 neu ist nicht zulässig.**

Schnitt A-A
Maßstab 1:500

